

21
78

Union in Deutschland

Bonn, den 26. Mai 1978

Das Doppelspiel der Koalition

Der Stillstand der deutschen Innenpolitik wird unerträglich. Der Bürger kann von seiner Regierung mit vollem Recht erwarten, daß sie so handelt, wie ihr Auftrag lautet: Die den Bürger bedrängenden Fragen aufzugreifen und sachbezogen zu lösen und Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen. Dazu jedoch ist Helmut Schmidt nicht in der Lage. Seine Devise heißt: Sich zunächst einmal über die Zeit der Landtagswahl hinüberzuretten.

Dies stellte Helmut Kohl auf der Sitzung des Parteipräsidiums am 22. Mai 1978 in Hamburg fest und fuhr fort: Die Spannungen in der Koalition nehmen zu. Wie die Rücktrittserklärungen von 10 SPD-Abgeordneten an Bundesinnenminister Maihofer erneut zeigen, wird der Immobilismus der deutschen Politik immer größer, weil die Koalition nicht weiß, was sie will und zu gemeinsamem Handeln nicht mehr fähig ist.

Weil der Bundeskanzler in allen entscheidenden Sachfragen nicht mehr über eine gesicherte parlamentarische Mehrheit verfügt und Furcht vor seiner eigenen Fraktion haben muß, besteht die Politik der Bundesregierung nur noch aus innenpolitischem Leerlauf. Die Initiativen und Alternativen der

Weiter auf Seite 2

■ 17. JUNI

Die CDU hält am Tag der nationalen Einheit fest Seite 3

■ SPD

Der Rufmord an Hans Filbinger ist ein Bestandteil sozialdemokratischer Strategie Seite 5

■ GASTARBEITER

Die CDU/CSU hat im Bundestag Maßnahmen zur sozialen Integration der Ausländer-Kinder gefordert Seite 7

■ JUNGE UNION

Die berufliche Bildung muß Vorrang haben / Bericht vom außerordentlichen Deutschlandtag in Frankfurt Seite 11

■ RECHTS-POLITISCHER KONGRESS

Die Politik darf nicht über das Recht gestellt werden, erklärte Helmut Kohl in Karlsruhe

Seite 13

■ ÖA

Neue Wandzeitung und neue Angebote der Partei Seite 15

■ DOKUMENTATION

Verfassungsverstöße der SPD und ihre Ursachen grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

Union werden bereits in den Ausschüssen des Bundestages abgelehnt, ohne daß Lösungsvorschläge der Koalition deutlich werden. Die Anhänger der SPD werden mit öffentlichen Kampagnen der SPD-Parteispitze von Willy Brandt, Egon Bahr bis Hans Koschnick gegen die Neutronenwaffe, gegen den sogenannten Radikalenerlaß, gegen vermeintlichen Neonazismus, gegen Spitzenpolitiker der Union bei Laune gehalten und vom Leerlauf der Regierung abgelenkt.

Den Schaden dieses Doppelspiels von SPD und Regierung und den Schaden des politischen Leerlaufs tragen die Bürger. Denn in der Bundesrepublik Deutschland hat sich mittlerweile ein Berg von Problemen aufgetürmt. Es gibt bereits genügend Alarmsignale über das Ausmaß an Unwillen, der sich bei unseren Bürgern anstaut, von den „Grünen Listen“ angefangen bis hin zu den jüngsten Erklärungen des Bundes der Steuerzahler und der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Doch die Regierung und der Bundeskanzler schieben die Probleme vor sich her, weichen überfälligen Entscheidungen aus, weil sie sie in den Koalitionsfraktionen nicht mehr durchsetzen können.

Die Probleme bleiben und verschärfen sich:

— Seit vier Jahren belastet uns Dauerarbeitslosigkeit in Millionenhöhe und noch immer ist kein ernsthafter Rückgang in Sicht.

— Der Terrorismus dauert an, neue Ansätze müssen befürchtet werden. Dennoch hat die Regierung wichtige Initiativen wie das einheitliche Polizeirecht, das Bundesmeldegesetz, die Sicherheitsverwahrung zurückgezogen,

nachdem sie die Vorschläge der Opposition zur Bekämpfung des Terrorismus abgelehnt hat. Der Bundestag muß so bald wie möglich über die Untersuchungsspannen in Erfstadt diskutieren können.

— Das Wirtschaftswachstum bleibt erneut sowohl hinter den Erwartungen wie auch Erfordernissen zurück. Die Vertrauenskrise in der Wirtschaft dauert an, die Investitionsschwäche setzt sich fort, die notwendigen Innovationen bleiben aus.

— Die Steuer- und Abgabenbelastung ist leistungs- und fortschrittsfeindlich. Dennoch bleibt die Regierung untätig, weil sie sich auf kein Konzept zum Abbau der Belastungen einigen kann.

— Die Fundamente unseres sozialen Systems sind ins Wanken geraten. Die Bundesregierung erschöpft sich auch hier in kurzatmiger Flickschusterei und trägt so dazu bei, daß die Probleme immer größer werden.

— Die Energiepolitik der Bundesregierung tritt auf der Stelle. Die Nuklearversorgung ist gefährdet. Die notwendigen Investitionen bleiben aus. Tausende von Arbeitsplätzen sind gefährdet oder können nicht geschaffen werden.

— Die Zukunft unserer jungen Mitbürger ist unsicherer denn je.

— Die Bundesrepublik Deutschland gehört heute zu den geburtenärmsten Ländern der Welt. Die Familienpolitik bedarf dringend neuer Impulse.

— Die Bürokratisierung aller Lebensbereiche muß abgebaut werden.

Die Union betrachtet diese Entwicklungen mit großer Sorge. Sie wird nicht zulassen, daß sich die Bundesregierung nur um der Erhaltung ihrer Macht wegen der Verantwortung für unsere Bürger entzieht. Die Regierung hat die Pflicht zum Handeln.

■ INFORMATION

Die Union hält am 17. Juni fest

Im Zusammenhang mit seinem Vorschlag, den 23. Mai, den Tag des Inkrafttretens des Grundgesetzes, als Feiertag einzuführen, hat der Bundeskanzler im gleichen Atemzug den 17. Juni in Frage gestellt, stellt Helmut Kohl fest. Dies zeigt einmal mehr seinen Mangel an Geschichtsbewußtsein. Der 17. Juni, dessen 25. Wiederkehr wir in diesem Jahr gedenken, war nicht „ein Tag der Niederlage für den Freiheitswillen der Deutschen“, wie der Bundeskanzler feststellte. Der 17. Juni war die Bankrotterklärung und damit ein Tag der Niederlage für das Unrechtssystem der DDR, das an diesem Tag erkennen mußte, daß der Freiheitswille der Deutschen nicht gebrochen war und bis heute nicht gebrochen ist.

Es war die SPD, die Jahr für Jahr den 17. Juni als Gedenktag in Zweifel gezogen hat. Der Bundeskanzler hat sich jetzt dieser Kampagne angeschlossen. Die CDU/CSU wird sich davon nicht beirren lassen. Wir werden am 17. Juni als Gedenktag für die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes festhalten.

Worte und Taten

Zu dem Urteil gegen den sowjetischen Bürgerrechtskämpfer Juri Orlow erklärt der Vorsitzende des Außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion, Dr. Werner Marx: Die CDU/CSU protestiert gegen das unmenschliche Urteil, das eine gewollte eklatante Verletzung und Verhöhnung der Menschenrechte darstellt. Die CDU/CSU verurteilt die schamlose und unwürdige Behandlung des Vorsitzenden der sowjetischen Kommission für Menschenrechte Pro-

fessor Sacharow. Seine Verhaftung und Verschleppung können nur als erneuter Versuch gewertet werden, die Stimme der Menschlichkeit und Wahrheit zum Schweigen zu bringen. Breschnews Besuch in Bonn ist noch in frischer Erinnerung. Seine Worte hier und seine Taten dort machen wiederum deutlich, wie wenig auf sowjetische Zusagen und Beteuerungen gegeben werden kann. Wie will die Sowjetunion eine glaubwürdige Entspannungspolitik nach außen betreiben, wenn sie im Innern sich immer wieder stalinistischer Methoden bedient?

Armutszeugnis für Familienpolitik

Die Zahl der von den Ärzten gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche ist laut Angaben des Statistischen Bundesamtes von 13 044 im 2. Halbjahr 1976 auf 54 300 Eingriffe im Jahre 1977 gestiegen. Insbesondere haben die Eingriffe aufgrund „sozialer Indikation“ zugenommen, und zwar von 44,9 auf 59 Prozent. Die Schwangerschaftsabbrüche aufgrund der „allgemein-medizinischen, der psychiatrischen, der eugenischen und der ethischen Indikation“ sind demgegenüber zurückgegangen.

Senioren-Arbeit verstärken

Als „Gebot der Solidarität des ganzen Volkes“ bezeichnete Alfred Dregger eine stärkere Zuwendung der Jugend und der mittleren Generation zu den älteren Mitbürgern. Dregger wies darauf hin, daß sehr häufig mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben die wichtigsten Umwelt-Kontakte 60- bis 65jähriger Menschen abreißen. Hier sei ein Problem entstanden, das die Union zunächst nach dem Kriege nicht gehabt und danach nicht hinreichend bedacht habe. Es müsse verhindert werden, daß

das Ausscheiden verdienstvoller Mitglieder aus ihren Ämtern zum völligen „Abseits“ führe. Dregger teilte mit, daß der Landesvorstand der hessischen CDU die Intensivierung der „Senioren-Arbeit“ der Union beschlossen habe. Alle CDU-Gemeindeverbände seien aufgerufen, gesellige und politische Veranstaltungen für die Mitglieder und darüber hinaus für interessierte ältere Mitglieder zu veranstalten.

Austausch-Praxis ändern

In diesem Jahr wurden wieder in aller Stille mehrere Ost-Spione gegen in der DDR inhaftierte Bundesbürger ausgetauscht. Das wurde in Bonn bekannt. „Die zuständigen parlamentarischen Gremien wurden bisher nicht davon informiert“, erklärte der Sicherheitsexperte der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Carl-Dieter Spranger. In diesem Zusammenhang sprach sich Spranger für eine baldige generelle Neuordnung der Austauschpraxis aus. „Wir bereiten eine Initiative vor, die auf eine Anhebung der Mindeststrafen für Spionage abzielt.“ Zur Zeit beträgt die Mindeststrafe für den Verrat von Staatsgeheimnissen („Landesverrat“) ein Jahr. Für Agententätigkeit und Verrat von anderen Geheimnissen einen Monat.

Mehr Härte gegen Rechtsbrecher

Die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland kann nach Ansicht des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht nur verbessert werden, wenn die verantwortlichen Politiker dem bisherigen Trend zur „Auflockerung“ des Strafrechts wirksam entgegentreten und die Gerichte zu härteren Strafen zurückkehren. Albrecht erhob in diesem Zusammenhang

in Hannover schwere Vorwürfe gegen den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, den früheren Bundesjustizminister Gerhard Jahn und den linken Flügel der SPD-Bundestagsfraktion. Als Beispiel nannte der Ministerpräsident den „stark abgemilderten“ Strafraum bei Aufruhr, Landfriedensbruch und gefährlichen Gewohnheitsverbrechen. Die Gerichte neigen zunehmend dazu, Freiheitsstrafen zur Bewährung auszusetzen, beziehungsweise die vorgesehene Mindeststrafe als Maßstab für ihre Entscheidung zu nehmen.

GEW wird von Kommunisten unterwandert

Wegen seiner Meinung nach kommunistischer Unterwanderung der DGB-Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Nordrhein-Westfalen hat der frühere Landesvorsitzende Gemein (Neuss) seinen Austritt erklärt. Zugleich gründete er mit sozialdemokratischen Gesinnungsfreunden eine „Alternative“, die bei den bevorstehenden Personalratswahlen im Schulbereich gegen GEW und Philologenverband kandidieren will.

Therapie an Drogenkranken notfalls auch unter Zwang

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag hat den Antrag gestellt, die freiwillige Therapie Drogenkranker durch angemessene Formen von „Zwangstherapie“ zu ergänzen. Es sei leider festzustellen, erklärte der CDU-Landtagsabgeordnete Wolf-Dieter Firnhaber, daß ein nicht unerheblicher Teil drogensüchtiger Menschen nicht mehr den Willen aufbringen könne, sich freiwillig einer Therapie zu stellen und diese auch durchzuhalten.

■ WAHLKAMPF-METHODEN

Der Rufmord an Hans Filbinger ist Bestandteil der SPD-Strategie

Die Angriffe des baden-württembergischen Landesvorsitzenden Erhard Eppler gegen den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg und stellv. Bundesvorsitzenden der CDU, Hans Filbinger, sind von keinem sachlichen Interesse getragen, sondern dienen offensichtlich dem Zweck, den politischen Gegner rechtzeitig vor den baden-württembergischen Landtagswahlen in seinem öffentlichen Ansehen herabzusetzen, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler im Einvernehmen mit Helmut Kohl.

Diese Attacken offenbaren sich bei sorgfältiger Prüfung als ein weiterer Versuch der SPD, mittels einer breit angelegten Kampagne Hans Filbinger und die CDU in die geistige Nähe des Rechtsradikalismus und des Nationalsozialismus zu rücken. Diese Kampagne erschwert in unerträglicher Weise eine gerechte Würdigung der Tatsache und behindert diejenigen, die sich ernsthaft um die geschichtliche Wahrheit bemühen. Die Angriffe sind von langer Hand vorbereitet und Bestandteil einer Gesamtstrategie gegen die Union, was eine Fülle von Äußerungen, zum Beispiel des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt oder des SPD-Bundesgeschäftsführers Egon Bahr, sowie eine Reihe der durch die SPD initiierten oder unterstützten Aktionen beweisen.

Die CDU verwahrt sich gegen die Diskreditierung und Schmähung eines Mannes, der Gegner des NS-Regimes war und maßgeblich am Wiederaufbau des freiheitlichen, demokratischen Nachkriegs-Deutschlands beteiligt ist.

Hans Filbinger, dessen anti-nazistische Gesinnung außer Zweifel steht, hat in zahlreichen Fällen seine Tätigkeit als Marinerichter dazu benutzt, Menschen in Not zu helfen. Es gilt sein Wort, daß ihm der Tod des Matrosen Walter Gröger, gegen den er machtlos war, zutiefst bedrücke und innerlich erschüttere. Ihm kann bei gerechter Würdigung weder rechtlich noch menschlich ein Vorwurf gemacht werden.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands, zu deren Gründern hervorragende Repräsentanten der deutschen Widerstandsbewegung gehören, hat seit ihrer Gründung eine eindeutige Position gegen Rechtsradikalismus und Linksradikalismus bezogen. Aus der Erfahrung der nationalsozialistischen und kommunistischen Gewaltherrschaft und dem Wissen, in welche ausweglosen Konflikte selbst Regimegegner in faschistischen und kommunistischen Diktaturen geraten sind, ergibt sich die Verpflichtung, ein solches Verhängnis dadurch für die Zukunft unmöglich zu machen, daß das Entstehen totalitärer Gewalt, gleich von welcher Richtung, bereits in den Ansätzen verhindert wird. Eine freiheitliche Ordnung verlangt

aber auch, daß der einzelne in seinem Anspruch auf Gerechtigkeit geschützt wird. Daher wendet sich die CDU gegen Rufmord.

Beispiele für die Strategie der SPD, die Union in die geistige Nähe des Rechtsradikalismus und Nationalismus zu rücken:

Der Parteivorsitzende der SPD, Willy Brandt, hat angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen zu Beginn dieses Jahres die Losung ausgegeben, daß bei Wahlsiegen der CDU/CSU die Gefahr eines „Rechtsrucks“ bestehe. Willy Brandt schreibt im „Sozialdemokrat-Magazin“ Nr. 4/78: „Denn die Alternative wäre ein Rechtsruck, unter dem diese Republik ernsten Schaden leiden würde.“

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, erklärte in der ARD am 2. März 1978: „Ich sehe die Gefahr, was die Parteienlandschaft angeht, daß die CDU/CSU sich zunehmend zu einer

„Diesmal CDU wählen“

Die CDU hat in Hamburg unerwartet Wahlhilfe erhalten. Die in diesen Tagen gegründete „Liberal-Soziale Union e. V.“ fordert die Hamburger Wähler auf, „diesmal CDU zu wählen“. Hinter der Organisation stehen frühere und noch eingetragene Mitglieder von SPD und FDP. Erster Vorsitzender der Liberal-Sozialen Union ist Wolfgang Duysen (SPD), der von 1970 bis 1974 der Bürgerschaft angehörte. Als Zweite Vorsitzende fungiert Christel Stegmann (früher FDP), die von 1971 bis 1974 in der Bürgerschaft saß. Im Vorstand sitzen ebenfalls Dr. Winfried Döbertin, der Vorsitzende der kritisch zur SPD stehenden Fritz-Erler-Gesellschaft, und der Hafen-Unternehmer Kurt Eckelmann (FDP).

APO von rechts entwickelt, zu einer außerparlamentarischen Opposition von rechts.“ Eine unglaubliche Anschuldigung, zu der Egon Bahr bis heute, trotz eines Briefes des Generalsekretärs der CDU die Antwort verweigerte.

Einige Wochen vor dem Termin der Landtagswahlen in Niedersachsen wurden seit Jahren geklärte Vorwürfe gegen den niedersächsischen Justizminister Puvogel von der SPD zum Wahlkampfthema gemacht. An der Aufklärung gleichgearteter Vorwürfe gegen einen der SPD angehörenden hohen Richter in Hessen und ein führendes Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion zeigte sich die SPD nicht interessiert.

Diese und andere Beispiele gehören in den allgemeinen Zusammenhang der von der SPD und der Bundesregierung heraufbeschworenen Gefahr des Rechtsradikalismus und der damit verbundenen Ablenkung von der wirklich vorhandenen linksradikalen Gefährdung unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

Das Bundeskabinett beschloß jüngst gegen die Verbreitung von NS-Literatur vorzugehen, ein Beschluß, den die CDU voll unterstützt. Eine gleichgeartete Entscheidung gegen die ungewohnte Verbreitung marxistisch-leninistisch beeinflusster Gewaltliteratur, zu der die CDU die Bundesregierung auf dem Kongreß „Geistige Ursachen des Terrorismus“ aufgefordert hatte, fiel nicht.

Der Parteivorsitzende Willy Brandt forderte wenige Wochen nach der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback in einem Brief die Bundesregierung auf, den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland zu bekämpfen. Ein Schreiben, das seit dieser Zeit als falsches Zeugnis gegen die Bundesrepublik Deutschland Verwendung findet.

■ GASTARBEITER-KINDER

Union fordert Maßnahmen zur sozialen Integration

Die CDU/CSU hat sich zum Ziel gesetzt, durch eine parlamentarische Initiative mehr Aufmerksamkeit auf die Probleme der Gastarbeiterkinder zu lenken, um dadurch die Zukunftsaussichten dieses Personenkreises zu bessern. Die Vorschläge der Fraktion erläuterten in Bonn CDU-MdB Albrecht Hasinger und Franz Schuster, Leiter des Institutes für Kommunalwissenschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangt insbesondere, ausländischen Kindern und Jugendlichen die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen „Bericht über die Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer“ dem Deutschen Bundestag vorzulegen.

Der Antrag stützt sich maßgeblich auf Zahlen, die im Institut für Kommunalwissenschaft (IFK) der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammengestellt wurden. 830 000 Kinder ausländischer Arbeitnehmer leben in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Kinder und Jugendlichen stellen eine Neue Soziale Frage, auf die Antworten fehlen. Abgedrängt aus der öffentlichen Diskussion und von der Politik der Bundesregierung vernachlässigt, bildet sich ein Problemstau, der zum sozialen Sprengsatz werden kann.

Dies sind die Fakten:

Nur 26,7 % der ausländischen Kinder im Vorschulalter besuchen einen Kindergarten; bei den türkischen Kindern sind es sogar nur 14,5 %.

Statt dessen wachsen viele Kinder ausländischer Arbeitnehmer in Pflegestellen von oft zweifelhafter Qualität auf; nach einer Untersuchung im Landkreis Tübingen war jedes dritte Kind bis zu 3 Jahren in einer Pflegefamilie untergebracht.

Die Erfüllung der Schulpflicht ist nicht voll durchgesetzt: Zwischen 2 und 5 % (Stuttgart) und 23 % (Hauptstädter in Hessen) bleiben aus verschiedensten Gründen der Schule fern.

In Nordrhein-Westfalen erhielten 1976 nur 42 % der ausländischen Schulabgänger den Hauptschulabschluß gegenüber 81,9 % der deutschen Schüler. Nur 6,3 % der Kinder ausländischer Arbeitnehmer besuchten 1976 eine weiterführende Schule.

Aufgrund der geringen Schulabschlußquote haben ausländische Jugendliche wenig Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden; symptomatisch ist, daß es hierüber praktisch keine statistischen Angaben gibt.

In Hessen besuchten im Schuljahr 1975/76 nur 48,4 % der ausländischen berufsschulpflichtigen Jugendlichen die Berufsschule.

Kinderreiche ausländische Familien le-

ben in überbelegten Wohnungen. In Baden-Württemberg betrug die Belegungsdichte z. B. 1,5 Personen pro Raum gegenüber 0,76 Personen pro Raum im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Entgegen mancher Ansicht verschlechtert sich die Wohndichte der Ausländer mit der Aufenthaltsdauer.

Statistische Angaben über die soziale Integration im außerschulischen Bereich liegen kaum vor. Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß vor allem in Ballungsgebieten Isolation und Abkapselung überwiegen.

Der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht von folgenden Zielsetzungen aus:

1. Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kinder ausländischer Arbeitnehmer sollen den deutschen Kindern gleichgestellt sein.
2. Diese Kinder und Jugendlichen dürfen nicht in gesellschaftlicher Isolation aufwachsen. Ihnen soll vielmehr die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben (soziale Integration) ermöglicht werden, ohne ihre nationale und kulturelle Identität mit dem Heimatland ihrer Eltern zu zerstören. Daher kommt eine Politik der „Eindeutschung“ ebensowenig in Betracht wie die Entfremdung von der Familie.
3. Die freigewählte Entscheidung zur Rückkehr muß den jungen Menschen offenbleiben.

Es ist eine politische Fehlentwicklung, daß die Lage der ausländischen Kinder und Jugendlichen bisher ausschließlich entweder unter Arbeitsmarktgesichtspunkten oder unter schulischen Aspekten gesehen wurde. Jugendpolitische Gesichtspunkte wurden demgegenüber vernachlässigt. Hier muß ein Schwerpunkt der Jugendpolitik der nächsten Jahre liegen. Die CDU/CSU-Bundes-

tagsfraktion fordert daher in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden ein in sich geschlossenes jugendpolitisches Konzept zu entwickeln.

Wörtlich heißt es in dem Antrag: „Das Konzept soll sich in diesem Rahmen umfassend über die Vorstellungen der Bundesregierung über die gesellschaftliche Eingliederung dieser Kinder und Jugendlichen, über ihre vorschulische, schulische und berufliche Bildung, die Statusfragen und über die Aufrechterhaltung der Möglichkeit, in das Heimatland der Eltern zurückzukehren, äußern. In dem Konzept sind die Auswirkungen der eingeschlagenen Politik auf die mittel- und langfristige wirtschaftliche Entwicklung (Nachfragesituation, Arbeitsmarktentwicklung, Investitionsbereitschaft, Auslastung der Infrastruktur) und auf die Zukunft der Rentenversicherung zu berücksichtigen. Das gegenwärtige Geburtendefizit und die daraus resultierende Bevölkerungsentwicklung sind in die Überlegungen einzubeziehen.“

Die Bundesregierung soll das vorerwähnte Konzept zusammen mit einer Situations- und Zukunftsanalyse in einem „Bericht über die Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer“ dem Deutschen Bundestag vorlegen.

Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Dabei ist insbesondere der Bundesjugendplan schwerpunktmäßig auf diese Aufgabe auszurichten. Das Nebeneinanderheragieren verschiedenster Ressorts wie Arbeitsministerium, Bildungsministerium, Familienministerium soll künftig durch das Bundesministerium für Jugend, Familien und Gesundheit koordiniert werden.

■ KOALITION

Üble Schmähungen

Der Vorsitzende der CDU-Opposition im Landesparlament, Gottfried Milde, erklärte, seine Partei wolle durch eine Anfrage erkunden, ob die ganze SPD/FDP-Landesregierung hinter den „üblen Schmähungen des höchsten deutschen Gerichtes“ durch den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) stehe. Börner hatte den Bundesverfassungsrichtern in Kassel vorgeworfen, durch ihre rechtspolitischen Handlungsanweisungen den politischen Bewegungsspielraum von Parlament und Regierung einzuschränken. Dazu sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende, mit seiner Schelte am Verfassungsgericht habe Börner seine „biedermännische Maske“ endgültig abgelegt. Nun demonstrierte er wieder den „alten Helferhandbuch-Stil des Bonner Parteigeschäftsführers“, für den die Partei immer recht habe.

Steuergelder für kommunistische Propagandaschau

Der bundesdeutsche Steuerzahler soll für die Teilnahme deutscher Jugendgruppen an den „11. Weltjugendfestspielen“, einer großen kommunistischen Werbeschau, die Zeche bezahlen. Die Koalition ist sogar bereit, so der Parlamentarische Staatssekretär Fred Zander auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion, zusätzliche Mittel aus dem Bundesjugendplan dafür zu bewilligen, obwohl sie selbst in der Beantwortung der Anfrage zugeben mußte, daß schon in der Vergangenheit die politischen Zielrichtungen und die Arbeitsmethoden der Weltfestspiele ein-

deutig von den Vorstellungen der kommunistischen Parteien Moskauer Richtung geprägt waren und demokratischen Jugendverbänden nur sehr begrenzte Einflußmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die zur Verfügung gestellten Steuermittel für die Teilnahme einer deutschen Delegation sollen etwa 900 Mark pro Teilnehmer betragen.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU spricht sich entschieden dagegen aus, diese Summe aus Haushaltsmitteln zur Verfügung zu stellen. Wir wollen niemand verbieten, nach Havanna zu reisen, aber dann gefälligst auf eigene Kosten! Das Geld der deutschen Steuerzahler ist zu schade, zu mühsam erarbeitet, um es für ein „demokratisches Feigenblatt“ dieses kommunistischen Happenings zu verschleudern, denn das sollen die bundesdeutschen Jugendgruppen dort darstellen.

Wehners jüngste Entgleisung

Herbert Wehner befand bei der deutschlandpolitischen Debatte am 11. Mai vor dem Deutschen Bundestag, auf die CDU/CSU deutend: „Sie sind ja keine parlamentarische Opposition!“ Als Helmut Kohl darauf forschte, was die stärkste Fraktion des Deutschen Bundestages in den Augen Wehners denn sei, antwortete der Genossen-Vorsteher: „Eine außerparlamentarische Opposition, die sich dieser Möglichkeiten hier bedient. Das sind sie, sie sind außerparlamentarische Opposition . . .“

Nun ist der Begriff der außerparlamentarischen Opposition seit einem runden Dutzend Jahren nicht nur durch die Abkürzung APO gekennzeichnet, sondern vor allem durch den Geist, der hinter dieser APO steckte. Wenn Herbert Wehner also die einzige gewählte demokratische Opposition in der Bun-

desrepublik Deutschland mit dem Klischee der APO belegt, dann muß damit gerechnet werden, daß die SPD-Führung erneut der Versuchung erliegt, in ihrem politischen Weltbild keine Parteien mehr zu kennen, sondern nur noch Sozialdemokraten.

Schulbücher aus der DDR in Hessen

In Hessen bahnt sich, der „Abendpost-Nachtausgabe“ zufolge, ein politischer Skandal an: Kultusminister Hans Krollmann (SPD) will Schulbücher aus der DDR für den Unterricht zulassen. Nach Mitteilung des kulturpolitischen Sprechers der hessischen CDU, Bernhard Sälzer, hat Krollmann einen entsprechenden Erlaß dem Hauptpersonalrat und dem Landeselternbeirat zur Stellungnahme vorgelegt. Der vorgebliche Grund für Krollmanns Absicht ist die „Preiswürdigkeit und Qualität“ der Schulbücher aus der DDR.

Die staatseigenen Verlage in der DDR werden, wie Sälzer betont, vom SED-Regime ausschließlich unter politischen Erwägungen gesteuert. Das hohe Ziel, daß kommunistische Lehrbücher in hessischen Schulen verwendet werden können, wird dem DDR-Ministerrat sicherlich einige DM (West) weniger beim Verkauf wert sein. Nach Angaben Sälzers will Krollmann in seinem Erlaß durch angebliche „Sicherungsklauseln“ die kommunistische Beeinflussung der Kinder verhindern. Die Lehrer sollen verpflichtet werden, den „Stellenwert“ politischer Passagen gegenüber den Schülern zu erläutern. In Wirklichkeit sind die Lehrer mit dieser Aufgabe überfordert. Oder sie sind Anhänger einer sozialistischen Bekenntnisschule, denen Krollmanns Absicht neue propagandistische Möglichkeiten verschaffen wird.

SPD-Genosse hält SS-Dolche feil

Während Fürther Sozialdemokraten sich führend am Aufbau des „Bürgerkomitees gegen neonazistische Umtriebe“ beteiligten, bot ihr Langenzenner Parteigenosse Günther Neumann per Inserat in Westernheften HJ-Fahrtenmesser mit Aufschrift „Blut und Ehre“ und SS-Dolche mit Aufschrift „Meine Ehre heißt Treue“ feil, berichten die „Nürnberger Nachrichten“ (12. Mai 1978). „Angebote wie in alten Zeiten“, ist das Inserat überschrieben, in dem auch für den „weltbekannten“ deutschen Karabiner, Original 98 k, der deutschen Wehrmacht geworben wird. Günther Neumann, der in Langenzenn ein Waffengeschäft führt, ist ehemaliger Juso-Vorsitzender des Unterbezirks Fürth, er führt den SPD-Ortsverein und die SPD-Stadtratsfraktion in Lagenzenn, darüber hinaus gehört er dem SPD-Kreisvorstand Fürth-Land und dem Unterbezirksvorstand an.

Praktisch zwei Parteien

Aus der SPD ist der Oberbürgermeister der oberbayerischen Stadt Freising, Otto Adolf Schäfer, ausgetreten. Der seit 1970 amtierende Oberbürgermeister bezeichnete es als deprimierend, daß es linken Kräften in der SPD gelingen sei, die Oberhand zu gewinnen und praktisch zwei Parteien zu schaffen.

Abgewählt

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf, Schulrat a. D. Hans Schwier, wurde als Unterbezirksvorsitzender abgewählt. In seinem westfälischen Heimatort Halle, Kreis Gütersloh, sind aufgrund eines Linksrutsches zwei Abgeordnete aus der SPD-Stadtratsfraktion ausgetreten.

■ DEUTSCHLANDTAG

Junge Union: Berufliche Bildung muß Vorrang erhalten

Harte und ausführliche Sachdiskussionen, politische Perspektiven und die Bereitschaft zum Dialog mit allen Jugendlichen und Jugendverbänden prägten den a. o. Deutschlandtag der Jungen Union Deutschlands zum Thema „Die Zukunft der Jugend sichern“, der am vergangenen Wochenende in Frankfurt stattfand. Dadurch setzte die JU ein Zeichen für die an der Sache orientierte politische Arbeit zum Nutzen einer benachteiligten Diskussion.

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Matthias Wissmann, wies in seinem Einführungsreferat darauf hin, daß Jungsozialisten und Jungdemokraten als Interessenvertreter der jungen Generation heute ausfallen. Zukunftschancen der Jugend sind heute, so führte Wissmann aus, ein Thema, das für die JU oberste Priorität genieße. Die JU ist deshalb der Anwalt der jungen Generation.

Die heute düsteren Aussichten junger Menschen resultierten aus drei Faktoren: die Entwicklung der Geburtenzahlen, Fehlern in der Bildungspolitik und der wirtschaftlichen Lage. Um die Lage zu verbessern, sind nach Wissmanns Ansicht sozialistische Patentrezepte genausowenig gefragt wie eine ausschließlich auf Korrekturen im Bildungswesen ausgerichtete Politik. Deshalb beschloß die JU, daß das oberste

Ziel nur Vollbeschäftigung heißen könne.

Die wichtigsten Voraussetzungen dafür sind die Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums, die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, die Verbesserung des Investitionsklimas, die Förderung wissenschaftlich-technischer Innovation, die Verbesserung leistungsfreundlicher Strukturen im Wirtschafts- und Steuerrecht, die Förderung der mittelständischen Wirtschaft sowie der Bereitschaft zu unternehmerischer Tätigkeit.

Aber auch von seiten der Bildungspolitik müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die jedem Schüler eine optimale Vorbereitung auf das Berufsleben ermöglichen. Die Schularten müssen sich stärker profilieren. Vor allem die Hauptschule bedarf einer gezielten Förderung. Als Schritte in dieser Richtung forderte der Deutschlandtag die Einführung des Faches Arbeitslehre und die Einfügung des Berufspraktikums in die Lehrpläne der Schulen.

Der Vorrang gehört weiter der beruflichen Bildung. Sie soll zu einer selbstständigen Alternative zum allgemeinbildenden Schulwesen werden. Deshalb muß auch die Umschichtung bildungspolitischer Haushalte in Erwägung gezogen werden. Zum weiteren Ausbau des dualen Systems wird die generelle Einführung eines Berufsbildungsjahres in Zusammenarbeit von Schulen und

Betrieben als anerkanntes erstes Jahr der Berufsbildung gefordert.

Besonderes Augenmerk richtet die Junge Union Deutschlands auf die gezielte Förderung der Leistungsschwächeren und Benachteiligten. Ihnen sollen vermehrt Ausbildungs- und Arbeitsplätze vermittelt werden.

Für den Bereich der Hochschulen sieht die Junge Union Deutschlands eine Möglichkeit der Straffung von Studiengängen durch eine Studienreform, die der eigentlichen Funktion der Hochschulen gerecht wird. Dadurch kann sich die Einführung der Regelstudienzeiten erübrigen.

Um in allernächster Zeit dem großen Druck der in den nächsten Jahren von den Schulen drängenden Jugendlichen standzuhalten, schlägt die JU als kurzfristige Maßnahmen u. a. vor:

- steuerliche Entlastung für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze,
- befristete Erhöhung der Lehrdeputate der Professoren,
- Ausweitung der Ausbildungskapazität der öffentlichen Hand,
- Verbesserung der schulischen Situation der Gymnasien.

Jugendarbeit verstärken

Ein wesentlicher Bestandteil der Politik für junge Menschen ist für die über 300 Delegierten des Deutschlandtages außerdem die Wiedergewinnung der Wertorientierung. So wird eine Erziehung und Bildung, die dem Schüler Werthaltungen vermittelt und ihn befähigt, sein Leben und Verhältnis zum Mitmenschen, zu Staat und Gesellschaft verantwortlich zu gestalten, gefordert. So wandte sich die JU gegen alle Versuche, menschliches Leben ausschließ-

lich unter dem Gesichtspunkt des Konfliktes zu betrachten.

Abschließend wurden auch die Auswirkungen der Misere auf die Jugendarbeit intensiv beleuchtet. Auf die Politik kommt die Verantwortung zu, Jugendarbeit mehr zu fördern als bisher. Dabei sind die freien Träger die beste Garantie für Qualität und Vielfalt des Angebots. Um auch Freizeit sinnvoll zu gestalten, sind Jugendzentren ein Punkt der Förderung.

Dregger gab Ausblick

Als Gäste begrüßte die JU den Frankfurter OB Walter Wallmann, der klare Perspektiven von einer menschlichen und ideologiefreien Politik aufzeigte.

Alfred Dregger, Vorsitzender der hessischen CDU, gab einen Ausblick auf die anstehenden Landtagswahlen. Er betonte den Willen und die Chancen zum Sieg, der nach 33 Jahren SPD-Herrschaft nötig sei. Nur in Hessen hat der Bürger die Chance, etwas in der deutschen Politik zu bewegen, erklärte Dregger unter dem Beifall der Delegierten, da in Niedersachsen, Bayern und Hamburg die Gewinner wohl feststehen dürften.

Die Grußworte von Vertretern verschiedener Jugendverbände, insbesondere vom DGB, DAG und CGB, machten durchaus kritische Positionen deutlich. Nach Meinung des Bundesvorsitzenden Wissmann nützt der Jugend jedoch nichts mehr als eine breit angelegte Diskussion. Alles in allem ein durchschlagender Erfolg für zukunftsorientierte Jugendpolitik, der Deutschlandtag der Jungen Union Deutschlands. Es bleibt zu hoffen, dies wurde bei vielen Delegierten deutlich, daß die Union die Vorschläge ihrer Jugendorganisation auch aufgreifen und durchsetzen wird.

■ RECHTSPOLITISCHER KONGRESS

Die Politik darf nicht über das Recht gestellt werden

Am 18./19. Mai fand in Karlsruhe der 2. Rechtspolitische Kongreß der CDU/CSU statt. Mehr als 450 Juristen aus allen Bereichen der Justiz, der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft haben sich zwei Tage lang mit wichtigen Fragen der Rechtspolitik auseinandergesetzt. Vorbereitet wurde der Kongreß durch eine Dokumentation „SPD und das Recht“ mit einem Vorwort von Heiner Geißler (vgl. Dokumentation dieser Ausgabe).

Aus gutem Grund stand auch dieser Kongreß unter dem Leitthema „Recht sichert die Freiheit“. In seiner Eröffnungsrede wies Friedrich Vogel, MdB, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ), darauf hin, daß dieser Kongreß bewußt die Thematik des 1. Rechtspolitischen Kongresses aufgegriffen habe. Damit werde dokumentiert:

- „1. Das Kongreßmotto ist das Gütezeichen unserer Rechtspolitik.
2. Das Kongreßmotto steht für die Kontinuität unserer Rechtspolitik.
3. Das Kongreßmotto signalisiert heute wie vor zweieinhalb Jahren, daß Freiheitssicherung durch Recht zukunftsweisende Hauptaufgabe unserer Rechtspolitik bleibt.“

Friedrich Vogel machte deutlich, daß nur ein starker, rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichteter und mit Autorität

ausgestatteter Staat die notwendige Handlungsfähigkeit und die Kraft besitze, die Freiheit des einzelnen Bürgers zu sichern. Hierzu sei es aber auch erforderlich, dem Rechtsstaat die rechtlichen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Rechtssicherheit an die Hand zu geben.

In einer Grundsatzrede setzte sich Helmut Kohl ebenfalls mit dem Leitthema des Kongresses auseinander: daß Recht die Freiheit sichere. Helmut Kohl stellte heraus, daß sich in den letzten zehn Jahren auch in der Rechtskultur unseres Landes Entwicklungen vollzogen haben, die besorgniserregend seien. In drei Bereichen sei die Entwicklung besonders schwerwiegend:

- im Verhältnis von Recht und Politik,
- in der Diskussion über wichtige Grundwerte unserer Verfassung und
- in der Wechselbeziehung zwischen Bürger und Rechtsstaat.

In diesem Zusammenhang ging Helmut Kohl auch auf die systematische Kampagne der SPD/FDP-Koalition gegen das Bundesverfassungsgericht ein. Er wies die maßlose Kritik insbesondere der SPD am höchsten deutschen Gericht entschieden zurück:

„Wer immer wieder bereit dazu ist, mit seiner Politik die Belastbarkeit der Verfassung zu erproben, wer sich in ihren Grenzen politisch beengt fühlt und Urteile des Bundesverfassungsgerichts als politischen Übergriff empfindet, der stellt die Politik über das Recht.“

Kennzeichnend für diese Haltung ist eine Äußerung des SPD-Vorsitzenden Brandt vor dem Parteivorstand. Nach einer SPD-Pressemitteilung vom 24. April 1978 erklärte Brandt:

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Wehrpflichtnovelle hat erneut die Frage aufgeworfen, ob wir nicht auf eine abschüssige Bahn geraten, wenn der Eindruck aufkommt, die Opposition könne das höchste Gericht zu ihren Gunsten einsetzen. Die Verfassung ist nicht das, was die Unionsparteien mit einer gewissen Impertinenz aus ihr machen möchten...“

Diese Grundeinstellung erst schafft jenes Spannungsfeld, auf dem Politik und Recht dann immer wieder in einen unfruchtbaren Konflikt geraten. Die zwangsläufige Folge davon ist ein Autoritätsverlust nicht nur der Politik, sondern auch des Rechts. Der Bürger aber und die gesellschaftlichen Gruppen verlieren die Sicherheit darüber, welche rechtlichen oder politischen Entscheidungen sich letztlich durchsetzen werden. Und wer es sich leisten kann, versucht dann, diese Unsicherheit zu seinen Gunsten auszunutzen.“

Weitere grundlegende Reden auf dem Kongreß hielten Bundestagspräsident Karl Carstens zum Thema „Von der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur europäischen Rechtsgemeinschaft“, Dr. Karl Hillermeier, MdL, Bayerischer Staatsminister der Justiz, zum Thema „Freiheitssicherung und Strafrecht“ und Otto Theisen, MdL, Minister der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, zum Thema „Rechtspolitik der CDU“.

In seinen vier Abteilungen wandte sich der Kongreß der Vertiefung spezieller Themen zu. In der ersten Abteilung wurde die verfassungsrechtliche Bedeutung des Begriffs „Deutschland“ und damit das Selbstverständnis der Bundesrepublik nach dem Abschluß

des Grundlagenvertrages mit der DDR vom Dezember 1972 erörtert. Die zweite Abteilung widmete sich dem Rechtsstaatsbegriff. Die dritte Abteilung beschäftigte sich mit dem Schutz der Verbraucher im europäischen Kartellrecht. Die vierte Abteilung nahm sich der von der Bonner Koalition geplanten Neuordnung der Eltern-Kind-Beziehung an. Die Kongreßteilnehmer stellten ganz klar heraus, daß bei einer Änderung des Rechts der elterlichen Sorge auch weiterhin in erster Linie die Eltern für die Erziehung der Kinder verantwortlich sein müssen. Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Familie haben Vorrang vor staatlicher Reglementierung. Die Erziehungsziele sind daher von den Eltern, nicht von staatlichen Stellen zu bestimmen. Das Recht der elterlichen Sorge sollte deshalb nur insoweit geändert werden, als dies von der Sache her geboten ist. Hierzu gehören insbesondere Bestimmungen zum Schutze gefährdeter Kinder, aber auch das bisher gesetzlich nicht geregelte Recht der Pflegekinder.

Die Teilnehmer lehnten den vorliegenden SPD/FDP-Entwurf übereinstimmend ab, weil er gegen diese grundsätzlichen Erwägungen verstößt. Weder können CDU und CSU der Vorstellung folgen, daß sich das Erziehungsrecht der Eltern von einem staatlichen oder gesellschaftlichen Verleihungsakt ableitet, noch der Vorstellung, daß es darum zu gehen habe, die Kinder aus der Stellung eines „Objekts elterlicher Fremdbestimmung zu befreien“. Der Koalitionsentwurf leistet einer Schwächung der Familie Vorschub.

Die CDU wird die Auseinandersetzung um den vorliegenden Entwurf in den kommenden Monaten offensiv führen und nicht zulassen, daß der im Grundgesetz verankerte Schutz der Familie ausgehöhlt wird.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Die neue Mai-Wandzeitung



Europa auf dem richtigen Kurs.

Für Europa beginnt eine neue Epoche. Im Juni 1978 wird in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft das Europäische Parlament von den Bürgern direkt gewählt. Die CDU wird noch unter Konrad Adenauer zusammen mit Christdemokraten anderer Länder den Grund-

stein für ein freies und geeinigtes Europa gelegt. Mit christlich-demokratischen, konservativen und anderen gesinnungstreuen Parteien der Europäischen Mitte hat sich die CDU in der Europäischen Volkspartei und der Arbeitsgemeinschaft Europäische Demokratische Union

zusammenschlossen. Gemeinsam mit der europäischen Mitte sichert die CDU die inhaltliche Entwicklung Europas – gegen sozialkommunistische und eurosozialistische Bestrebungen. Freie Bürger in einer freien Gemeinschaft – das ist der richtige Kurs für Europa.



CDU
sicher
sozial
und frei

Achtung

Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms jetzt als Broschüre

Diese ist unter Beachtung der Mindestbestellmenge ausschließlich beim

IS-Versandzentrum
Postfach 66 66
4830 Gütersloh 1
Telex 9 33 753 iserv d
zu bestellen.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 54,— DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr. 3868

Neu im Angebot:

Serie: Zum Thema

Die SPD auf Kriegsfuß mit der Sozialen Marktwirtschaft

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 51,— DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr. 5864

Lohnnivellierung

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 55,— DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr. 5865

Renten

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 17,— DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr. 5863

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Die FDP wird nervös

Die deutsche Presse befaßt sich in diesen Tagen sehr intensiv mit der Existenzkrise der FDP, hier einige Auszüge:

Die FDP steckt in einer Bewußtseinskrise. Kurz vor vier Landtagswahlen zweifelt sie an ihrer politischen Orientierung wie an der Qualität ihrer Mannschaft. Vor allem Innenminister Maihofer, der seit mehr als einem Jahr aus dem Affärengegerede nicht mehr herauskommt, wird zusehends zur schweren Belastung der Liberalen.

Parteichef Hans-Dietrich Genscher, früher Hans Dampf der Bonner Politik, ist seit seiner schweren Krankheit im letzten Winter im Kabinett Helmut Schmidt allmählich in eine Nebenrolle abgerutscht. Nun befürchtet die FDP-Spitze, die Partei werde in der anstehenden Wahlserie arg gebeutelt; Pessimisten sorgen sich sogar, die Liberalen könn-

ten gar in Hannover an der Fünftprozenthürde scheitern.

Der Spiegel, 22. Mai 1978

Wer so begehrt ist und umworben wird wie die FDP, sollte eigentlich zufrieden sein. Aber ihr Vorsitzender Hans-Dietrich Genscher hat zur Zeit schlaflose Nächte. Mit Sorge und Unbehagen blickt er auf den anstehenden ersten großen Test nach der Bundestagswahl: In zwei Wochen wählen die Hamburger und die Niedersachsen ihre Bürgerschaft oder ihren Landtag, und je näher der Termin rückt, um so nervöser werden die Freidemokraten.

Kölnische Rundschau, 20. Mai 1978

Die Liberalen stecken wieder mal im Schlamassel, und die Existenzangst geht um. Das Stichwort heißt Landtagswahlen in Niedersachsen/Hamburg (und später in Hessen), und das Zittern ist sozusagen hörbar; es hat sogar die Parteispitze erfaßt. Die Lage, insbesondere in Hannover, scheint derzeit so risikoreich, daß selbst Genscher nun nicht mehr Gelassenheit vorgaukelt, sondern einen Brandbrief verschickte.

Frankfurter Rundschau, 22. Mai 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD